

Ausgabe 02/2016



Interessierte Bürgerinnen und Bürger können den Newsletter im Wahlkreisbüro von Svenja Stadler (siehe Impressum) zum regelmäßigen Bezug per E-Mail bestellen.

„Stadler im Gespräch“ im Amtshaus Moisburg

Der Bürgerdialog „Stadler im Gespräch“ in der Samtgemeinde Hollenstedt findet in diesem Jahr in Moisburg im Amtshaus, Auf dem Damm 5, statt. Termin dafür ist Dienstag, 1. März 2016, um 19.30 Uhr, und wie üblich sind es die Gäste des Abends, die die Themen bestimmen.

Asylpaket II

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

in der vergangenen Woche haben wir im Deutschen Bundestag in erster Lesung über das Asylpaket II diskutiert. Der Einigungsdruck von außen auf die Politik ist sehr groß. Groß genug, dass wir bereit sein müssen, unliebsame Kompromisse einzugehen. Der Gesetzentwurf enthält in seiner vorliegenden Form eine Reihe von Regelungen, denen ich meine Zustimmung so nicht geben kann. Die SPD und unsere Minister haben sich dafür eingesetzt, dass der ursprüngliche Entwurf an einigen Punkten entschärft werden konnte. Einige Verschärfungen des Asylrechts konnten wir herausverhandeln. Das erkenne ich an.

Für mich ist klar, es darf keine Abstriche am Grundrecht auf Asyl geben. Maßnahmen, von denen bereits bei der Verabschiedung des Gesetzes klar sind, dass sie zu einer positiven Bewältigung der aktuellen Herausforderungen nicht nur nicht beitragen, sondern Abschreckungs- und Abschottungspolitik sind, lehne ich auf das Schärfste ab. Das betrifft insbesondere die Einschränkung des

Familiennachzuges. Ich habe es schon mehrfach gesagt und ich bleibe auch dabei: Eine Einschränkung des Familiennachzuges ist für mich ein Angriff auf die vom Grundgesetz besonders geschützte Institution „Familie“. Eine solche Entscheidung kann ich mit meinem Gewissen nicht vereinbaren. Mit dieser Kritik stehe ich nicht alleine: die Wohlfahrtsverbänden, Frauen-, Familien- und Menschenrechtsorganisationen sowie die Kirchen teilen sie in ihren Stellungnahmen. Und auch in meinem Wahlkreis habe ich mit dieser Haltung immer Verständnis und Zustimmung erfahren. Ich werde die weitere Entwicklung und mögliche Änderungen am Entwurf genau verfolgen. Mein Abstimmungsverhalten werde ich vom Ergebnis der Debatte und dem endgültigen Gesetzentwurf abhängig machen.

Denn es gilt das „Strucksche Gesetz“ - Kein Gesetz kommt aus dem Parlament so heraus, wie es eingebracht worden ist.

Ihre

Was ist eigentlich - eine Paralleleinbringung?

Eine Paralleleinbringung liegt vor, wenn ein identischer Gesetzentwurf sowohl von der Bundesregierung als auch von „der Mitte des Bundestages“ (Fraktionsinitiative) in die parlamentarischen Beratungen eingebracht wird. Die Paralleleinbringung führt zu einer deutlichen Beschleunigung der Gesetzesberatungen bei gleichzeitiger Beteiligung des Bundesrates. Die Beschleunigung wird

dadurch erreicht, dass zeitgleich zu den Beratungen im Bundesrat über den Regierungsentwurf die Beratungen im Bundestag zu der Fraktionsinitiative stattfinden. Die Möglichkeit der Berücksichtigung von Forderungen des Bundesrates macht eine Paralleleinbringung gegenüber einer isolierten Fraktions- bzw. Koalitionsinitiative attraktiv, da die Forderungen des Bundesrates so schon im Ge-

setzgebungsverfahren berücksichtigt werden können. Üblicherweise wird ein von der Bundesregierung eingebrachter Gesetzentwurf zuerst dem Bundesrat zugeleitet, der hierzu binnen sechs Wochen eine Stellungnahme abgibt und der Bundesregierung übermittelt. Die Bundesregierung formuliert dann eine Gegenäußerung zu dieser Stellungnahme und sendet das Paket an den Bundestag.

Stadler und Ilgen auf Unternehmertour

Einen intensiven Einblick in drei Unternehmen aus dem Landkreis Harburg verschafften sich jetzt die SPD-Bundestagsabgeordneten Svenja Stadler und Matthias Ilgen. „Für mich ist dieser direkte Kontakt zu den Betrieben sehr wichtig, um ungefiltert die Stimmung in der Wirtschaftswelt vor Ort mitzubekommen und dadurch die aktuelle Lage besser einschätzen zu können“, sagt Svenja Stadler. „Es freut mich, dass Matthias Ilgen, der Mitglied im Wirtschaftsausschuss des Bundestags ist, diese Einstellung teilt und die Einladung in meinen Wahlkreis gerne angenommen hat.“ Ilgen, aus Husum angereist, und Stadler be-



Die Bundestagsabgeordneten Svenja Stadler und Matthias Ilgen (Mitte) mit Ingo Hupach (r.) und Martin Lemanczyk von der Dichtelemente arcus GmbH.



Bei der Pego SMA GmbH mit Dirk Gonse (r.) und Max Lorenz Hagenbeck (l.).

suchten die PEGO SMA GmbH in Winsen sowie in Seevetal die LINKSrechts Ingenieurgesellschaft mbH und Dichtelemente arcus GmbH. Neben einer Führung durch die Unternehmen sprachen die Bundespolitiker ausführlich mit den jeweiligen Geschäftsführern. „Ich bin sehr froh über diesen persönlichen Austausch“, so der SPD-Wirtschaftsexperte. „Es ist letztendlich die beste Form der Verständigung und gibt mir die Chance, sehr konkrete Anliegen mit in die Ausschussarbeit nach Berlin zu nehmen.“

Die Unternehmensleitungen nutzten den Besuch aus dem Bundestag, um sich und ihre Betriebe vorzustellen und den Abgeordneten Ideen und Vorschläge aus der Sicht von Unternehmen zu unterbreiten. „Das waren Treffen ganz ohne Scheuklappen“, betonte Ilgen.

„Gerade für unseren wirtschaftlich geprägten Landkreis ist ein regelmäßiger Austausch von Wirtschaft und Politik enorm wichtig“, ergänzte Stadler. Der unverstellte Blick auf die Arbeitsplätze in den Betrieben und damit auf die Arbeitsbedingungen sei immer hilfreich. „Bei einer zufriedenen Belegschaft funktioniert der Betrieb fast von selbst“, resümierte Ilgen zum Abschluss der Besuche.

Diskussion zu Zustand und Zukunft von Pflege

Zu einem Informationsgespräch über Pflege im ländlichen Raum lädt Svenja Stadler am Donnerstag, **3. März 2016, um 17.30 Uhr** nach Hanstedt ein. Im DRK Zentrum „Haus am Steinberg“, Eingang Fritz-Reuter-Straße 5, soll über pflegefreundliche Kommunen und die

Zukunft des Pflegeberufs diskutiert werden. Dazu hat sich Svenja Stadler die fachliche Verstärkung ihrer **Bundestagskollegin Petra Crone** gesichert, die extra aus dem Sauerland anreist. Petra Crone ist in der SPD-Bundestagsfraktion Sprecherin der Arbeitsgruppe Demografischer

Wandel sowie stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend. „Ich freue mich, dass Petra Crone zu mir in den Wahlkreis kommt und sich den Fragen rund ums Thema Pflege stellt“, so Stadler. Die Veranstaltung steht allen Interessierten offen.

Integration durch Bildung - Zusätzliche Mittel für Kommunen

Die Zuwanderung nach Deutschland stellt die Kommunen im gesamten Bundesgebiet vor Herausforderungen. Nach der Erstversorgung und einer schnellen Unterbringung geht es nun um Plätze in Kindergärten, Schulen, Ausbildungsbetrieben und an Hochschulen, denn Bildung kommt eine entscheidende Rolle zur Integration zu. Um die Kommunen bei dieser wichtigen Aufgabe zu unterstützen, wurde kürzlich die neue Förderrichtlinie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zur kommunalen Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte veröffentlicht. Die Kommunen haben die Möglichkeit, sich um die Finanzierung von bis zu drei Stellen für Koordinatorinnen und Koordinatoren zu bewerben, die das Bildungsangebot vor Ort künftig abstimmen. Außerdem sollen sie lokalen Unternehmen als Ansprechpartner in Bezug auf die Integration in den Arbeitsmarkt dienen. Ziel ist es, Bildungsbedarf und Bildungsangebot ideal aufeinander abzustimmen.

„Wo findet Sprachförderung statt und sind Integrationskurse vorhanden? In welchem Kindergarten oder in welcher Schule gibt es freie Plätze? Wie sehen Bedarfe und Angebote der lokalen Unternehmen aus? Diese Fragen stellen sich genau dort, wo die Menschen leben - in der Gemeinde“, so Svenja Stadler. „Und genau hier sollten die Angebote auch koordiniert werden. Ich begrüße die neue Förderrichtlinie und rufe die Kommunen auf, sich zu bewerben.“

„Bildung ist die wichtigste Voraussetzung für den Zugang zum Arbeitsmarkt und sichert Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Bildung ist die Voraussetzung dafür, dass wir den zu uns geflüchteten Menschen eine Perspektive geben und ihnen ermöglichen, in der Zukunft ihren

eigenen Beitrag für unser Land und unsere Gesellschaft leisten zu können“, so Svenja Stadler weiter.



Ohne Bildung kann Integration kaum gelingen. Mit der neuen Förderrichtlinie des BMBF soll deshalb die Koordination der Bildungsangebote vor Ort verbessert werden.

Die Beantragung der Fördermittel ist ab sofort möglich. Entsprechende Anträge können zu drei Terminen eingereicht werden: 1. März 2016, 1. Juni 2016 und 1. September 2016. Weitere Informationen zur neuen Förderrichtlinie gibt es unter transferinitiative.de

Elektromobilität voranbringen

Das Thema Elektromobilität wird immer wichtiger, wenn es darum geht, Industriearbeitsplätze zu erhalten, Klimaziele zu erreichen und die Energiewende zum Erfolg zu führen. Allerdings setzt sich die Technologie hierzulande nur langsam durch. Elektrofahrzeuge müssen bezahlbarer, ihre Reichweiten größer und die Ladeinfrastruktur ausgebaut werden. Um dieses Ziel zu erreichen, fordert die SPD-Fraktion jetzt Kaufprämien und steuerliche Anreize, gezielte Forschungsförderung sowie eine Selbstverpflichtung der Hersteller. Bis 2020 sollen eine Million Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen un-



In ihrem Positionspapier fordert die SPD-Bundestagsfraktion Kaufprämien für Elektroautos sowie einen Ausbau der Forschungsförderung.

terwegs sein. Das wurde im Koalitionsvertrag vereinbart. Und die Zeit drängt. Denn viele Länder - vor allem so wichtige Märkte wie China und die USA - haben durch gezielte Förderung inzwischen große Fortschritte bei der Elektromobilität erreicht. Für die SPD ist daher klar: Wenn die deutsche Autoindustrie

ihre Innovationsführerschaft behaupten will und die Mobilitäts- und Energiewende mitgestalten möchte, darf sie sich bei dieser Antriebstechnologie der Zukunft nicht den Rang ablaufen lassen. Mit ihrem kürzlich beschlossenen Positionspapier „Elektromobilität voranbringen“ leisten die SPD-

Abgeordneten einen Beitrag zur Debatte und weisen darauf hin, dass die bisherigen Bemühungen nicht ausreichen. Nötig sind weitere Kaufanreize sowie ein Ausbau der Forschungsförderung.

Das Positionspapier ist zu finden auf der Website der SPD-Fraktion

Immer wieder Demokratie erläutern

„Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ - die unter diesem Titel vom Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung konzipierte Ausstellung war jetzt im Buchholzer Albert-Einstein-Gymnasium zu Gast. Zu verdanken war dies einer Schülergruppe, die die Ausstellung im vergangenen November im Gymnasium Tostedt wahrgenommen hatte und sich daraufhin dafür einsetzte, sie auch in ihre Schule zu holen. 19 Schülerinnen und Schüler ließen sich extra für die Dauer der Ausstellung zu Ausstellungslotsen

schulen. Eine Tatsache, die Schulleiter Hans-Ludwig Hennig und die verantwortlichen Lehrerinnen und Lehrer stolz machte.

Heinrich Helms vom Buchholzer Bündnis für Flüchtlinge erzählte in seiner Rede zur Ausstellungseröffnung von seinen Erfahrungen mit Flüchtlingen und räumte mehrere Vorurteile, die nicht selten Anlass für Rechtspopulismus und Fremdenhass sind, aus dem Weg.

Die Schautafeln der Ausstellung klären genau darüber auf: Wie entstehen Vorurteile? Wie werden sie für

rechte Propaganda genutzt? Wie kann man ihnen begegnen und sie entkräften?

„Der Titel der Ausstellung könnte aus aktuellem Anlass geboren sein, ist aber natürlich immer und überall ein allgemeingültiges Plädoyer für eine freie und offene Gesellschaft, die sich



Die Abgeordnete mit (v. l.) Heinrich Helms vom Bündnis für Flüchtlinge, Schulleiter Hans-Ludwig Hennig, Sophia Michaelis von der Friedrich-Ebert-Stiftung und Bürgermeister Jan-Hendrik Röhse.



Svenja Stadler bei der Ausstellungseröffnung in der Aula des Albert-Einstein-Gymnasiums in Buchholz.

gegen ihre Feinde zur Wehr setzt“, betonte Svenja Stadler in ihrem Grußwort. „Demokratie muss immer wieder erläutert, erlernt und erfahren werden. Sie kann nerven und anstrengend sein. Aber ohne sie wären wir unfrei und der Willkür von Macht ausgeliefert.“

Wie rechtsradikale und damit demokratiefeindliche Umtriebe funktionieren und wie gefährlich und bedrohlich sie für eine offene und freie Gesellschaft und damit für jeden Einzelnen sein und werden können, erfahren man in der Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung sehr anschaulich, so die Bundestagsabgeordnete.

Aufgeschnappt

„Ich mache mir Sorgen, weil ich nach dem intensiven Studium der Netzkommunikation zu der Überzeugung gekommen bin, dass die AfD nicht trotz der Überlegungen, auf Flüchtlinge zu schießen, geschätzt wird. Sondern wegen.“

*Sascha Lobo (*1975), Blogger*

Impressum

Svenja Stadler, MdB
Marktstraße 34
21423 Winsen
Tel.: (0 41 71) 6 92 90 90
Fax: (0 41 71) 6 92 90 99
Email: svenja.stadler@bundestag.de



Redaktion

Berliner Büro:
M. Delius/
A. Knobloch-Minlend
Wahlkreisbüro:
F. Augustin/A. Wolter-Deibeke/
L. Ritz

Beim THW in Stelle



Im dritten Jahr in Folge konnte es Svenja Stadler einrichten, der Jahresgeschäftsstunde des THW-Ortsverbandes Stelle-Winsen beizuwohnen und ein Grußwort an die Ehrenamtlichen und Gäste zu richten. „Ich bin immer wieder gerne hier“, betonte die Abgeordnete. Dabei nutzte sie die Gelegenheit zu dem ein oder anderen persönlichen Austausch, wie zum Beispiel mit der stellvertretenden Ortsbeauftragten Marion Biesler (Foto). Biesler wurde im vergangenen Dezember für 30 Jahre Mitgliedschaft im THW geehrt.

Übergabe vollzogen!



Während des Bürgerdialogs Ende letzten Jahres in Holm-Seppensen hatte Svenja Stadler eine Tapetenrolle mit Bürger-Forderungen zum Klimaschutz (initiiert von Greenpeace Buchholz, BUND Elbe-Heide, den Naturfreunden Nordheide und dem Klimaforum Nordheide) sowie ein Plakat der Initiative „Kein Fracking in der Heide“ angenommen und versprochen, beides wie gewünscht an Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks zu übergeben. Das ist nun geschehen, wie das obige Foto aus dem Bundestag zeigt!